

September 2010

Bei der Finanzkrise, die den Euro erschüttert hat, handelt es sich um eine strukturelle Krise, deren Wurzeln in der politischen Teilung Europas liegen. In einer Phase der Schwäche und des Rückschritts, die der Westen durchläuft, und angesichts der sehr schwierigen Lage, in die er infolge des Aufstiegs der neuen Mächte geraten ist, haben die Märkte, die Analysten und die Beobachter das gemeinschaftliche europäische Aufbauwerk als das absolut anfälligste und daher unterlegene Element innerhalb der sich herauskristallisierenden neuen Gleichgewichte ausgemacht. Die Gründe für diese Anfälligkeit sind gerade darin zu sehen, dass es den Europäern nicht gelungen ist, eine politische Einheit zu schaffen; sie haben zwar die einheitliche Währung eingeführt, waren jedoch nicht in der Lage, auch den Staat zu gründen und sich demzufolge mit den Instrumenten auszustatten, die erforderlich wären, um auf die Krise zu reagieren und die Wirtschaft im kontinentalen Rahmen von Grund auf umzustrukturieren und somit ihre Wettbewerbsfähigkeit in dem neuen globalen Umfeld zu wahren. Da die Märkte und die Beobachter bei den Mitgliedstaaten der Union nicht den politischen Willen erkennen können, die nötigen Schritte hin zur Einheit zu tun, gehen sie davon aus, dass die Währungsunion sich unweigerlich auflösen und im besten Falle um Deutschland herum ein neuer Währungsraum entstehen wird, der homogener wäre als der derzeitige. Unnützlich darauf hinzuweisen, dass ein solches Szenario in der Praxis die Auflösung der Europäischen Union nach sich zöge und für unseren Kontinent eine neue Ära mit ungewissem Ausgang einleiten würde. Nicht zufällig verfolgen die Vereinigten Staaten das Vorgehen der europäischen Länder mit großer Besorgnis.

Während die Fakten für denjenigen, der die Ereignisse von außen verfolgt, klar auf der Hand liegen, zeichnen sich ein Großteil der Debatte in Europa und vor allem die Haltung der Staaten weiterhin dadurch aus, dass sie den Versuch unternehmen, diese Fakten politisch zu leugnen. Auf diese Weise werden die Regierungen sich immer wieder neuen schwierigen Situationen gegenübersehen und sich in Widersprüche verwickeln, die nicht mit nationalen und nationalistischen Lösungen beseitigt werden können, die sie aufgrund der in der Euro-Zone entstandenen gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit vielmehr in den Abgrund ziehen würden. Vor diesem Hintergrund ist es von wesentlicher Bedeutung zu erkennen, warum - jenseits des Versuchs der verschiedenen Länder, Zeit zu gewinnen mit Maßnahmen, mit denen die Bindungen zwischen ihnen noch enger werden sollen - die Übertragung der Souveränität von den Staaten auf Europa der entscheidende Knoten ist, den es zu lösen gilt, will man die Zukunft unseres Kontinents retten.

Die Europäische Union, die auf der Gemeinschaftsmethode gründet, zeichnet sich dadurch aus, dass zahlreiche wichtige Befugnisse auf die europäische Ebene übertragen wurden, die Souveränität der Staaten und demzufolge ihre Macht und ihre politische Handlungsfähigkeit jedoch unangetastet blieben. Unter diesen Umständen sind die Mitgliedstaaten *per definitionem* weiterhin für die für das nationale Interesse entscheidenden Bereiche bzw. für die Bereiche zuständig, die unmittelbar mit der Bildung des politischen Konsenses verknüpft sind (dies gilt für das Steuerwesen ebenso wie für die Außenpolitik und ist der Grund dafür, dass zusammen mit der Währungsunion nicht auch - wie vorgesehen - die Wirtschaftsunion entstehen konnte). Nichtsdestotrotz hat diese Entwicklung den Abbau der Zoll- und Handelsschranken, die Schaffung eines (wenn auch noch zu vervollständigenden) Binnenmarktes und die Einführung einer einheitlichen Währung ermöglicht, die die Bande zwischen den Europäern weiter verstärkt hat; gleichzeitig ist es jedoch nicht gelungen, einen europäischen Entwicklungs- und Wachstumsplan in die Tat umzusetzen: das Schicksal, das alle einschlägigen Versuche vom Delors-Plan bis hin zur Lissabon-Strategie erlitten haben, ist dafür der offenkundige Beweis. Die Ursache ist in dem Umstand zu sehen, dass die Staaten davor zurückschrecken, eigene Finanzmittel in Programme zu investieren, deren positive Auswirkungen die übrigen Partner in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Industrie stärken würden. Nicht zufällig trachtet jeder stets danach, in den strategischen Bereichen (etwa in Forschung und Innovation oder auch in den zukunftsorientierten Industriebranchen bzw. in Sektoren wie Energie und Militärwesen, die von vitalem nationalem Interesse sind) die eigene Wettbewerbsfähigkeit zulasten der übrigen Mitglieder der Europäischen Union auch dann zu verteidigen, wenn gemeinsame Projekte in Kooperation durchgeführt werden müssten. Und gerade das Festhalten am nationalen Rahmen als politischem Bezugspunkt verhindert das Wachstum Europas und vereitelt die - zwischenstaatlichen oder gemeinschaftlichen - Versuche, die europäische Wirtschaft zu steuern. Immer ist es die Teilung, die

dazu führt, dass in Zeiten der Krise - die die verschiedenen Länder unweigerlich mit unterschiedlicher Intensität trifft - die notwendige Intervention zugunsten der schwächsten zu einer nahezu untragbaren Belastung für die reichsten Länder wird, bis die Märkte sich schließlich veranlasst sehen, auf das Scheitern der mit den größten Risiken behafteten Länder und auf ihren Ausschluss aus der Euro-Zone zu wetten. Solange die Souveränität bei den Nationalstaaten verbleibt, kann sich in der Tat nicht die gemeinsame Erkenntnis durchsetzen, dass eine einzige Schicksalsgemeinschaft zu schaffen ist, und können sich auch die Grundlagen der gegenseitigen Solidarität nicht konsolidieren.

Demzufolge besteht die wirkliche Herausforderung für die Europäer darin, die Gemeinschaftsmethode zu überwinden. Nach der Neuordnung des internationalen Rahmens mit dem Ende der Bipolarität (und den nachfolgenden Veränderungen in der Gemeinschaft von der Wiedervereinigung Deutschlands über die Einführung des Euro bis hin zur Erweiterung) gab es eine Phase, in der das Gemeinschaftssystem als eine Art Modell für die post-staatliche Demokratie verstanden und hingestellt wurde, wobei man allerdings vergaß, was dieses System in Wirklichkeit auszeichnet und als was es von den Gründervätern in dem Augenblick, in dem die Pläne zur sofortigen Schaffung des Europäischen Bundesstaates gescheitert waren, konzipiert wurde, nämlich als ein Instrument des Übergangs zur Europäischen Föderation. Die Krise hat dieses Problem wieder ans Tageslicht gebracht, weil die Erpressung durch die Märkte gerade das Ergebnis der prekären gemeinschaftlichen Gleichgewichte ist; die Antwort kann daher nicht darin bestehen, der Kommission oder dem Europäischen Parlament immer mehr Zuständigkeiten oder Kontrollbefugnisse zu übertragen, die zwangsläufig widersprüchlicher Natur wären, sondern darin festzustellen, *wie* und *ob* zumindest eine Gruppe von Staaten, insbesondere die Länder der Eurogruppe, die bereit wären, Verantwortung zu übernehmen (in erster Linie Frankreich und Deutschland), dahin gebracht werden können, sich politisch zusammenzuschließen. Auch die in den vergangenen Monaten mehrfach aufgeworfene Frage, ob eine europäische Wirtschaftsregierung eingesetzt werden müsste, und die dazu unterbreiteten Vorschläge (wie die Kontrolle der Haushaltspolitiken durch Europa, die Aufstockung der Haushaltsmittel der Union, die Ausgabe von Unionsanleihen zur Finanzierung von Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft auf europäischer Ebene, die mögliche Übertragung von Steuerbefugnissen auf Europa und die etwaige Harmonisierung der Steuersysteme der Mitgliedstaaten) sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Allerdings sind alle diese Maßnahmen, die auf europäische Ebene zu treffen wären und die beinhalten würden, dass die nationalen Regierungen den europäischen Institutionen ein entsprechendes Mandat erteilen, so lange unrealistisch und nicht durchführbar, als die einzelstaatliche Souveränität nicht in Frage gestellt wird. In erster Linie sind sie unrealistisch und nicht durchführbar wegen der fehlenden demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen, die den Bürgern nicht Rede und Antwort stehen müssen, von den Staaten jedoch die Befugnis erhalten würden, Politiken mit tief greifenden gesellschaftlichen Auswirkungen festzulegen, während die nationalen Regierungen die Aufgabe hätten, diese Politiken umzusetzen und sich um den notwendigen politischen Konsens zu bemühen. In zweiter Linie sind sie es, weil sie eine Solidarität zwischen den europäischen Ländern voraussetzen würden, die von den weiterhin national ausgerichteten öffentlichen Meinungen nicht mitgetragen würde. Schließlich sind sie es auch, weil man mit dem Festhalten an Standpunkten, die das nationale Interesse verfechten, und dem schwierigen Bemühen, sie auf europäischer Ebene zu bündeln, den strukturellen Wettbewerb zwischen souveränen Staaten nicht beseitigen und somit nicht jene für die Wiederbelebung des Kontinents unverzichtbare europäische Dimension verwirklichen könnte. Daher werden die europäischen Regierungen in dem Moment, in dem sie - getrieben von den Märkten und den zu erwartenden sozialen und politischen Schwierigkeiten - den Versuch unternehmen müssen, einige dieser Maßnahmen zu ergreifen, stets zunächst mit ihrer Unzulänglichkeit und dann mit ihrem Scheitern konfrontiert sein, bis schließlich klar wird, dass es keine Alternative dazu gibt, die Souveränität auf die gemeinsame europäische Ebene zu übertragen.

Als zentrale Herausforderung in dem anstehenden Kampf für Europa erweist sich daher einmal mehr die Wiederbelebung des Projekts der Europäischen Föderation, was nur durch eine entsprechende deutsch-französische Initiative geschehen kann. Gegenwärtig besteht das Problem in einer nach wie vor politisch zersplitterten Union darin, dass der gegenseitige Argwohn zwangsläufig zunimmt, und zwar insbesondere auf Seiten Deutschlands, das befürchtet, einen allzu hohen Preis für die Gemeinschaft zahlen zu müssen, solange nur der wirtschaftliche Bereich von Belang ist. Daher ist es Sache Frankreichs, diesen Teufelskreis mit einer Initiative zu durchbrechen und Deutschland im Rahmen einer neuen Schuman-Erklärung die Möglichkeit zur Bündelung der Souveränität in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu eröffnen. Nur auf diese Weise wird der europäische Einigungsprozess sich erneut auf das Ziel der Schaffung der Europäischen Föderation fokussieren können und werden für die Europäer in der Zukunft wieder Fortschritte möglich sein.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org